

Er scheint wöchentlich zweimal. Mit „Haus Hof Garten“ * „Jede Woche Musik“ „Morgen-Ausgabe“ ...



Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin Hauptpostamt SW 19, Centraldruckerei ...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung Nr. 344 Ausgabe für Berlin 56. Jahrgang Sonnabend, 23. Juli 1922

Die Portoverteuerung beschloffen.

Fernbriefe 15 Pfennig, Drisbriefe 8 Pfennig, Postkarten 8 und 5 Pfennig.

Die Bedenken des Reichswirtschaftsministers.

Ein Dementi, das kein Dementi ist.

Am weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrates der deutschen Reichspost wurde zunächst die Generaldebatte über die Gebührenvorlage zu Ende geführt. Die Rede des Reichswirtschaftsministers Schögel brachte, wie wir bereits in unserer gestrigen Abendausgabe berichtet haben, keine neuen Gesichtspunkte. Unmittelbar nach dieser Rede kamen die Enthaltungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius gegen die Gebührenvorlage zur Sprache. Der Minister glaubte die von uns gestern morgen mitgeteilten Tatsachen „dementieren“ zu können. Er erklärte, daß weder im Kabinett noch ihm persönlich gegenüber ein Protest des Reichswirtschaftsministers erfolgt sei, sondern daß der Reichswirtschaftsminister mit der Vorlage einverstanden (1) sei.

Wir bedauern sagen zu müssen, daß die Erklärung des Reichswirtschaftsministers objektiv unrichtig ist. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat in einem besonderen Schreiben seine Bedenken gegen die Erhöhung der Postgebühren zum Ausdruck gebracht. Außerdem hat er im Kabinett gegen die geplanten Gebührenerhöhungen Stellung genommen — leider ohne damit durchzugehen. In diesen Tatsachen halten wir fest, gleichgültig ob ein Dementi auch außerhalb des Verwaltungsrates der Reichspost erfolgt oder die beteiligten Behörden über die unangenehmen Mitteilungen des „Berliner Tageblattes“ damit wegkommen hoffen, daß sie sich in Schweigen hüllen.

Nach der Erklärung Schögels stand der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Morath auf und erklärte, er habe eben eine Unterhaltung mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gehabt, der ihm die Darstellung des Reichspostministers bestätigt habe.

Das „Berliner Tageblatt“ hat sich daraufhin sofort mit der zuständigen Stelle im Reichswirtschaftsministerium in Verbindung gesetzt und unter Bezugnahme auf die mehrfachen Erklärungen des Herrn Reichspostministers und des Abgeordneten Morath nachdrücklich betont, daß die im gestrigen Morgenblatt gedruckten Mitteilungen auf absolut sicheren Unterlagen beruhen und keinerlei bei irgend einer Kleinigkeit einschneidende Dementi vertragen. Auf unser Erklären um eine authentische Erklärung des Reichswirtschaftsministeriums wurde uns die folgende sorgfältig formulierte Antwort zuteil: „Da das Reichskabinett über die Postgebührenvorlage entschieden hat, hat ein einzelnes Ministerium keine Möglichkeit, über seine Stellungnahme eine Auskunft zu geben. Dazu hat das Ministerium weder ein Recht, noch eine Verantwortung.“ Diese Erklärung ist etwas ganz anderes als die Erklärung, zu der sich der volksparteiliche Abgeordnete Morath befügt gehalten hat. Die Erklärung des Reichswirtschaftsministeriums ist von einem Dementi sehr weit entfernt und eben darum eine indirekte Bestätigung unserer gestrigen Angaben. Darüber wird niemand im unklaren sein, der antilige Mitteilungen zu lesen versteht. Das Reichswirtschaftsministerium will sich im Schweigen üben, aber es hätte sich vor einem Dementi. Aber die Folge der unrichtigen Erklärungen Schögels und Moraths im Verwaltungsrat der Reichspost war, daß der Vertragsantrag, der von den Abgeordneten Raschig, Steinboff, Forger und Wollath gestellt worden war, gefallen ist und der Uebergang zur Spezialdebatte beschloffen wurde.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. h. c. Raschig unterzog in der Sitzung des Verwaltungsrates die Vorlage auf Erhöhung der Postgebühren erneut einer eingehenden Kritik. Er führte aus:

„Staatsrechtlich mag der Minister nicht zur Zurückziehung der Vorlage gezwungen gewesen sein, nicht er aber durch die Zurückziehung Folgerungen aus dem Beschluß des Reichstags gezogen hatte, dürfte er nicht nach drei Wochen die Vorlage von neuem aufheben.“ Der Minister erklärte, daß die Post täglich 700.000 Mark aufweist, im Monat 20 Millionen Mark. Davin sind aber auch die Ausgaben für Reuanlagen enthalten, weil der Minister die 300-Millionen-Anleihe noch nicht aufgenommen hat. Der Minister sagte, er billige den Standpunkt von der Notwendigkeit verbender Anleihen, aber er will nur bis zu einem Betrage von 150 bis 170 Millionen Mark gehen. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß der Minister im März bei der Haushaltsberatung selbst mit einer Anleihe in Höhe von 300 Millionen Mark einverstanden war. Diesen Widerspruch muß der Minister aufklären.“ Er ver-

wies weiter darauf, daß die Reichsbahn ihre Tarife um 70 Millionen Mark ermäßigt und der Reichswirtschaftsminister die Kohlenpreiserhöhung abgelehnt habe. Seit der ersten Zurückziehung der Vorlage sind Verringerungen der Verhältnisse nur infolge eingetreten, als die Reichsbahn ihre Tarife um 70 Millionen Mark ermäßigt hat, der Reichswirtschaftsminister die Kohlenpreiserhöhung erneut ablehnte, und der Sparkommissioner daran geht, seine Grundzüge auch im Betriebe der Post zur Geltung zu bringen. Die Tätigkeit des Sparkommissioners mag lange Zeit dauern, aber nach einem Vierteljahr wäre doch schon ein Teilergebn zu erwarten gewesen. Deshalb habe ich erneut Vertagung beantragt, werde aber bei einem sofortigen Beschluß die ganze Vorlage ablehnen.“

Aus der Sitzung des Verwaltungsrates wird ferner bekannt, daß bezüglich des Erbsparports der Vermittlungsvorschlag gemacht wurde, es für Briefe und Postkarten auf 7/8 Pfennig zu setzen. Ferner machte ein preussischer Vertreter den Vorschlag, die alten Kartenbriefe zu einem Portofuß einzuführen, der zwischen Postkarten und Briefen liegt. Beide Vorschläge wurden von der Reichspostverwaltung bekämpft.

Die Beschlüsse.

Es folgte die Abstimmung über das Erbsparporto für Briefe. Hier hat die Opposition gegen die übersteigerten Forderungen des Reichspostministers einen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Das Porto, das für Ortsbriefe nach den Vorschlägen des Arbeitsausschusses von fünf auf zehn Pfennige erhöht, also verdoppelt werden sollte, ist auf acht Pfennige festgelegt worden. Das Porto für Ortsbriefe bleibt fünf Pfennige. Der Antrag des deutschnationalen Abgeordneten Wuh, auf das zehn-Pfennig-Porto im Ortsverkehr überzugehen, ist gefallen. Wuh beantragte noch gestern vormittag als Wohltäter der Großstädter gesteuert zu werden, wenn das zehn-Pfennig-Porto nicht eingeführt werde, der Ortstarif für Großstädte überhaupt fallen müsse. Die neu zu schaffende acht-Pfennig-Marke soll das Bild Beethovens tragen. Bei den gestrigen Bestimmungen wurden die weiteren Vorschläge des Arbeitsausschusses im wesentlichen angenommen. Für den Fernbriefverkehr bleibt es also beim 15-Pfennig-Porto. Einfache Durchfahrtskarten unterliegen dem drei-Pfennig-Porto. Auch Durchfahrtskarten mit einer antiegarigen Antwortkarte werden zu der ermäßigten Gebühr von drei Pfennigen befördert. Auch dieser Erfolg der Opposition soll nicht unterschätzt werden. Er ist für die Geschäftspropaganda wichtig genug. Für Blindenbriefsendungen bleibt es bei dem alten Tarif von drei Pfennigen.

Der Morath verlangte in der Spezialdebatte, da die zehn-Pfennig-Briefmarke kann eine besondere Rolle mehr im Verkehr spielen wird, daß eine andere gangbare Briefmarke das Bild Friedrichs des Großen trägt. Anlässlich des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten sollen in den gangbarsten Markennissen Wohltätigkeitsmarken zum doppelten Preis ausgeben werden, die Hindenburg und das Reichspräsidentenpaar zeigen. Am Arbeitsausschuß war der Antrag gestellt worden, auch eine Friedrich-Ebert-Marke zu schaffen. Dieser Antrag wurde einstimmig in der Form angenommen, daß die Friedrich-Ebert-Marke geschaffen werden soll, wenn die Hindenburg-Marke in den normalen Postverkehr eingeführt wird, also nicht mehr Wohltätigkeitsmarke ist. Dieser Beschluß des Arbeitsausschusses kommt heute im Plenum zur Abstimmung. Heute wird das Plenum auch über die Tarife für den Postfuß, Paket- und Telegrammverkehr abstimmen haben.

Der Antrag der preussischen Vertreter im Reichspost auf Einführung des Kartenbriefes zu einem ermäßigten Tarif — Brief der kleinen Leute — wurde ebenso abgelehnt, wie der preussische Antrag auf Einführung des 25-Pfennig-Portos statt des vorgeschlagenen dreißig-Pfennig-Tarifes für Briefe über 25 Gramm Gewicht. Bei der Ablehnung des Antrages auf ein ermäßigtes Porto für Kartenbriefe kam auch der Vertreter des Reichsfinanzministers — er heißt Dr. Auer — mit der vernünftigen Bemerkung zum Worte, die Befreiung sozialer Momente, wie sie in der Schaffung des Kartenbriefes als des Briefes der kleinen Leute vorgeschlagen wurde, sei Sache — der Steuergesetzgebung, nicht der Post.

Proteste aus dem besetzten Gebiet.

Gegen die neue Gebührenvorlage des Reichspostministers hat die Industrie- und Handelskammer Bingen im Namen der gesamten Wirtschaftszweige des Bezirks energig Einspruch erhoben. Es wird betont, die Zeit sei nicht allein sehr ungenügend für eine Gebührenvorlage, es befinden sich schwerwiegende grundsätzliche Bedenken. Der Wirtschaft vor allem den schwer geschädigten Wirtschaftszweigen des besetzten Gebietes könne eine weitere Belastung nicht zugemutet werden. Die Reichspost müsse zur Beschaffung der für Reuanlagen notwendigen Mittel auf den Anleiheverweifen werden. Es bedürfe zu diesem Zwecke vor allem eines zeitgemäßen günstigen Anleihegebotes, um der Anleihe einen Erfolg zu sichern. Die Annuitäten bedeuteten für die Reichspost nur eine verhältnismäßig wenig ins Gewicht fallende Belastung.

Bilder aus dem Leben unserer Volksschule.

Bildung am Leben für das Leben. — Vom Sinn des Arbeitsunterrichts und des Heimatprinzips.

Von Paul Kaestner, Ministerialdirektor im preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Es ist wohl für uns eine unserer lustigsten Schulerinnerungen, wie man uns früher in der Schule immer wieder und in verschiedenen Sprachen, besonders in der bekannten lateinischen Fassung, versichert, uns auch zu Auffassen darüber genügt hat, daß wir nicht für die Schule, sondern für das Leben lernten. Unsere alte höhere Schule in allen Ehren! Aber diese fähige Behauptung konnte sie nur bei ganz einseitiger Auslegung der schönen Sentenz rechtfertigen; unserem Leben und dem Leben, in das wir hineingingen, war sie recht fern. Und es vergabene viele mit mir dieser, und anderen Schulen früherer Zeit noch heute schwer, daß sie uns in ihrem ganzen intensiven Kernbetrieb auf den Himalaja und in die fernsten Zeiten und unheimlichen Einzelheiten uns im Grunde damals oft noch herzlich gleichgültiger Weltgeschichte führte, unsere nächste heimatische Umgebung, Natur und Geschichte aber so arg vernachlässigte. Heute sind wir in der Volksbildungsbewegung aller Art zeitweise in der Gefahr gewesen, den entgegengekehrten Fehler zu machen und einem einseitigen, übertriebenen und oberflächlichen Heimatkultus zu verfallen, der tatsächlich überlebte Lebensformen mit überflüssigem Aufwand künstlich zu erhalten sucht, über sich selbst nicht hinausgeht und über den Teilen das geistige Band vergibt oder nicht zu knüpfen vermag.

Unser Volksschule glauben wir heute auf dem rechten Wege zu sein, wenn wir uns in allem Unterricht um sorgfältige Pflege der Beziehungen zur heimatischen Umwelt der Kinder bemühen und an den geistigen Vorkurs anknüpfen, den die Kinder aus ihrer Umwelt in die Schule mitbringen. Gehen wir doch im gesamten Unterricht — gerade auch der Grundschule — davon aus, daß nicht nur äußerlich Wissensstoffe und Fertigkeiten angeeignet, sondern möglichst alles, was die Kinder lernen, von ihnen innerlich erlebt und selbständig erworben wird. Jeder Unterricht, der lebendig anzuknüpfen weiß auf die Besonderheiten des Bodens, auf dem das Kind wuchs, gewinnt die aktive Teilnahme und entwickelt die Initiative des Kindes. Es gibt heute zum Beispiel einen in solchem Sinne heimatisch eingestellten Rechenunterricht, der dem Industriefield oder dem Landfind beim Rechnen — für uns schauderhaften Angebens — spielen nebenbei die Einführung in die das Kind umgebenden Lebensformen gibt. Ein derart belebter Rechenunterricht wird den Kindern zur Lust. Die Selbstbetätigung der Kinder im Spiel, im Beobachten von Natur und Lebensvorgängen soll auch in der Grundschule besonders ausgiebig für die Zwecke des Unterrichts nutzbar gemacht und der Unterricht braucht, namentlich im Anfang, nicht mehr so streng nach Vorschriften geföhren zu werden; er darf vielmehr die jovial natürlichere und lebendigere Form des sogenannten Gesamtunterrichts annehmen, in dem die verschiedenen Unterrichtsächer zueinander abwechseln.

Ist das ein anderes Bild heute, wenn man in eine solche Schulkasse tritt! Schon äußerlich ist die Gestaltung der Klasse oft eine ganz andere, selbst selbstverständlicher und natürlicher geworden. Statt der feierlich und steif hintereinander aufgestellten Banke stehen Bänke oder Tische mit Stühlen im Halbkreis. Die Kinder sehen einander und der Lehrer ist mitten unter ihnen. Lange Tafelreihen rund umher an den Wänden, mit Kreide in allen Farben, so daß anschaulich zeichnerisch dargestellt werden kann, was die mündliche Darstellung oft nicht so zu erklären vermag. Nachschlagelbücher und Kartenwerke verschiedener Art liegen auf einem Büchertisch mitten unter den Kindern, zu deren freier und möglichst häufiger Benutzung. Es fällt ein Wort, das die Kinder nicht verlieren aus Lehrer- oder Kindermund. Sogleich wird von den Kindern selbständig Rat geholt oder des Lehrers Beistand erbeten. Denn diese Kinder in dieser Schule hören ja nicht mit verbundenen Munde dabei, während der Lehrer diktiert oder abfragt. Sondern sie dürfen, ja sie sollen sogar selbständig — in guter Ordnung und Folge natürlich — aber selbständig und frei sprechen. Und sie dürfen, ja sie sollen sogar frei heraus, selbstverständlich nicht willkürlich, aber frei heraus den Lehrer fragen nach allem, was ihnen auf dem Herzen liegt. Ja, es gibt sogar schon Lehrer heute, die auf eine Kinderfrage ebenso frei sagen: „Siehst du, Kind, das weiß ich auch noch nicht, das wollen wir uns einmal zusammen noch überlegen und später wieder besprechen.“ Solche Schulklassen gibt's heute! Und die Kinder bringen von Haus Anregungen und Fragen mit in